

# Das Bulletin



Aktion  
für vernünftige  
Energiepolitik  
Schweiz

4/07

## BKW bereiten Rahmenbewilligung für Mühleberg II vor...

Wie die BKW anlässlich des 35-Jahr-Jubiläums des Kernkraftwerks Mühleberg mitteilen, wird derzeit die Einreichung eines Rahmenbewilligungsgesuchs für den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg vorbereitet. Zudem fordern sie den Betrieb des bestehenden Kraftwerks über das Jahr 2012 hinaus.

Die Verlängerung der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks

Mühleberg über das Jahr 2012 hinaus ist Gegenstand eines Verfahrens vor Bundesgericht. Um die langfristige Versorgungssicherheit in der Nordwestschweiz zu sichern, wurde die Vorbereitung für die Einreichung eines Rahmenbewilligungsgesuches aufgenommen. Geprüft worden sei die technische Machbarkeit – Baugrund, Platzbedarf, Disposition, Kühlmöglichkeit und Logistik.

## ...und Gösgen II ist in der Pipeline

Wenige Tage nach der «Atomdebatte» im Solothurner Kantonsrat werden die Pläne für ein Kernkraftwerk Gösgen II konkret. Atel-Chef Giovanni Leonardi kündigt ein Rahmenbewilligungsgesuch für nächstes Jahr an.

Was schon wiederholt angekündigt wurde, scheint nun vor der Realisierung zu stehen. Noch in diesem Jahr oder aber Anfang 2008 sollte ein Konsortium gegründet sein, das ein neues Kernkraftwerk bauen will. Das

verkündete Atel-Chef Giovanni Leonardi als Gastreferent vor dem Sponsorenclub «FdP 200» der Solothurner Freisinnigen.

Details über die Partner und den weiteren Fahrplan gab er nicht bekannt. Nur so viel: Ende 2008 wollen die Atel und ihre Konsortiumspartner das Rahmenbewilligungsgesuch für das neue Kernkraftwerk eingereicht haben. Eine Volksabstimmung könnte dann zwischen 2012 und 2014 stattfinden, schätzt Leonardi. (Solothurner Zeitung)

**Präsidium und Vorstand danken Ihnen für Ihren wichtigen Einsatz zugunsten einer vernünftigen Energiepolitik in unserem Lande.  
Frohe Weihnachtstage und ein glückliches Jahr in Gesundheit.**

## Für AVES gilt nach wie vor: Alle Energien nutzen! Also auch die CO<sub>2</sub>-freie Kernenergie.

Eine Umfrage von smartvote zu den Nationalratswahlen zeigt den Trend: 41,7 Prozent der Stimmbürger sind klar für die Erneuerung schweizerischer Kernkraftwerke, 13,4 Prozent sagen eher Ja. Und wenn weit über 50 Prozent der Befragten eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen wünschen, ist das erstens ein Bekenntnis zur CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion in unserem Lande und zweitens die Sorge um die globale CO<sub>2</sub>-Belastung. Schweizerinnen und Schweizer erkennen die Probleme. Und die liegen bestimmt nicht bei unserer praktisch CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion – dem einmaligen Mix von Wasserkraft und Kernenergie. Hier haben wir nur ein Problem: Wie begegnen wir realistisch der kommenden Stromknappheit, die auch Wohlstand und Arbeitsplätze gefährden wird.

Selbstverständlich haben wir bei der Energiegewinnung durch Verbrennung Spielraum. Und wir können den Anteil der erneuerbaren Energien (wenn auch mit riesigem finanziellem Aufwand) ein wenig erhöhen. Und bezüglich Effizienz kann viel mehr getan werden. Bei der Stromproduktion haben wir lediglich den einzigen Anspruch: Der Ausbau der Kernkraft darf nicht weiter behindert werden, er muss – will man vom Klimaschutz nicht nur reden – sofort in die Wege geleitet werden!

Unser Land hat einen erstklassigen Leistungsausweis in Sachen Klimapolitik. Gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) stösst die Schweiz am wenigsten CO<sub>2</sub> aus. Wenn man weiss, dass Deutschland seine elektrische Energie zu 63 Prozent fossil, also vor allem mit Kohle und Erdgas, produziert (Schweiz null) oder dass zum Beispiel China zur Stromproduktion jede Woche ein Kohlenkraftwerk (!) in Betrieb nehmen muss, so merkt der bedachte Bürger, dass wir in erster Linie weltweit handeln müssen. Wissen, Erfahrung, Kreativität und gute Dienste müssen wir vor allem im Ausland zur Wirkung bringen – mit kühlem Kopf und Augenmass.

Für AVES gilt auch in Zukunft das Motto: «Alle Energien nutzen» – auch die erneuerbaren. Das verlangt den guten Willen aller Beteiligten. Wir können es uns nicht mehr leisten, die sichere CO<sub>2</sub>-freie Stromversorgung in unserem Lande durch Grabenkämpfe zu blockieren. Darum der Weihnachtswunsch der AVES: Lösen wir unsere gemeinsamen Probleme auch gemeinsam, nur das bringt uns weiter! Bruno Fähr

## Kann der Markt die Stromlücke verhindern?

**Neoliberale Ökonomen und Vertreter von Umweltorganisationen behaupten, eine Stromlücke könne es gar nicht geben, da steigende Preise Angebot und Nachfrage ausgleichen würden. Dies widerspricht den fundamentalen Gegebenheiten und der Entwicklung im europäischen Strommarkt.**

Die Ökonomiestudenten lernen im ersten Semester, dass die Verknappung eines Gutes zu einer Preiserhöhung führt, welche die Nachfrage dämpft und so Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringt. Mit der einfachen Argumentation, die steigenden Strompreise würden den Verbrauch so weit senken, dass keine neuen Kraftwerke nötig seien, wird man dem Marktmechanismus beim Strom in keiner Weise gerecht. Die Wirklichkeit ist viel komplexer. Mit Lehrbuchweisheiten kann man die Stromversorgung nicht sicherstellen.

Eine Verknappung auf dem heute internationalen Strommarkt führt dazu, dass die Stromversorger, welche Elektrizität zur Belieferung ihrer Kunden beschaffen müssen, höhere Stromeinstandskosten zu bezahlen haben. Da die Stromversorger häufig eigene Produktionskapazitäten haben und diese in der Regel zur Belieferung ihrer eigenen Konsumenten verwenden (es wäre nicht korrekt, wenn sie ihre Produktion gewinnbringend am Strommarkt verkaufen und ihren Kunden die höheren Marktpreise verrechnen würden), treffen die Marktkräfte nur den am Markt einzukaufenden Teil des Stromkonsums.

Noch wesentlicher ist aber, dass die Stromkonsumenten von den höheren Marktpreisen gar nichts oder erst sehr verspätet etwas merken. Für die Grosskonsumenten mit Marktzugang gelten die abgemachten Verträge, so dass sich in der Regel Preiserhöhungen erst bei einer Neuaushandlung der Verträge durchsetzen lassen. Dem durchschnittlichen Stromkonsumenten werden als Tarifkunde fixe

Strompreise verrechnet, die nur periodisch angepasst werden können. Die Stromkunden haben deshalb gar keinen ökonomischen Grund, auf Marktpreiserhöhungen zu reagieren.

Erst wenn die ausgehandelten Strompreise oder die Tarife angehoben werden, was immer verzögert und unvollständig erfolgt, können die Marktkräfte zu greifen beginnen. Sie tun dies aber nur sehr eingeschränkt. Dafür gibt es mehrere Gründe:

**Erstens** unterliegt nur der am Markt einzukaufende Teil des Stromkonsums den Marktkräften.

**Zweitens** wird der Stromkonsum in erster Linie durch die Geräteausstattung bestimmt. Solange die elektrischen Geräte und Anlagen ihren Dienst tun, werden sie verwendet; wegen erhöhter Strompreise wird nicht weniger gekocht, werden keine Produktionsanlagen abgeschaltet und wird auch nicht auf den Computer verzichtet; allfällige Nutzungseinschränkungen und damit Stromverbrauchsminderungen sind bescheiden. Die Marktkräfte spielen erst bei Geräteneuanschaffungen und auch dort nicht umfassend, weil der Stromverbrauch beim Kaufentscheid erfahrungsgemäss nur ein Entscheidungselement ist, viele Konsumenten gar nicht darauf achten oder nichts zum Kauf der von ihnen eingesetzten Geräte und Anlagen zu sagen haben (deshalb sind Zulassungsvorschriften nötig, welche energetisch schlechte Geräte vom Markt verdrängen).

**Drittens** führt der grosse Nutzen des Stroms dazu, dass die Konsumenten eher bereit sind, mehr zu bezahlen, als auf den Konsum zu verzichten. Erst sehr hohe Strompreise könnten daran etwas ändern. Dann würde auch teure Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wirtschaftlich, aber eine ins Gewicht fallende zusätzliche Produktion käme nur mit grosser Verzögerung auf den Markt.

**Viertens** ist daran zu erinnern, dass die Stromversorgung nur

dann gesichert ist, wenn stets ausreichend Energie (kWh) und Leistung (kW) vorhanden ist. Die Versorgungssicherheit ist nur so weit gewährleistet, als genügend Strom ins Netz eingespeist und in die Versorgungszentren transportiert werden kann. Eine Verknappung im europäischen Strommarkt mit steigenden Strompreisen führt dazu, dass – soweit noch vorhanden und betriebsbereit – alte thermische Kraftwerke, in der Regel Dreckschleudern, wieder in Betrieb genommen werden. Die Reservekapazität im europäischen Verbund sinkt stetig. Die Folge ist eine immer schlechtere Versorgungssicherheit mit steigendem Risiko von Lieferunterbrüchen und Blackouts. Sie entstehen, wenn die Kraftwerksleistung nicht genügt, um die nachgefragte Bezugsleistung der Konsumenten zu decken.

Der Markt spielt also nur bis zu Ausreizung der Kapazitätsgrenzen und erst noch mit ökologisch unerwünschten Folgen. Sind die Kapazitätsgrenzen bei der Produktion oder bei der Stromübertragung erreicht, können auch noch so hohe Strompreise Netzzusammenbrüche nicht verhindern.

**Fünftens** schwankt der Marktpreis des Stroms im Stunden-, Tages-, Wochen- und Jahresverlauf stark. Er bildet so die jeweilige Angebots- und Nachfragesituation ab. Möchte man Angebot und Nachfrage über den Strompreis ausgleichen, müsste dieser dem Spitzenmarktpreis entsprechen, welcher die grösste Knappheit signalisiert, um Blackouts zu verhindern. Dies würde zu stark überhöhten Strompreisen führen.

Die Marktreaktionen erfolgen auf zwei weitgehend entkoppelten Ebenen: einerseits meist rasch auf jener der Elektrizitätswirtschaft, andererseits in stark abgeschwächtem Ausmass und mit unterschiedlichen, in der Regel grossen Verzögerungen auf jener der Stromkonsumenten. Die Hoffnung, die Marktkräfte würden neue Kraftwerke unnötig machen, erweist sich somit als Seifenblase.

## Stiftung Klimarappen – ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz

**Die Stiftung Klimarappen ist erfreut, dass das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ihren definitiven Businessplan genehmigt hat. Das UVEK anerkennt den wichtigen Beitrag der Stiftung Klimarappen zur Erreichung der Schweizer Klimaschutzziele. Sie hat damit nun grünes Licht zur Umsetzung ihrer Arbeit bis 2012.**

Die Stiftung Klimarappen ist als eine freiwillige Massnahme der Schweizer Wirtschaft unter dem CO<sub>2</sub>-Gesetz seit dem 1. Oktober 2005 operativ tätig. Sie hat sich vertraglich gegenüber dem Bund verpflichtet, im Zeitraum 2008 bis 2012 CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktionen im Umfang von neun Millionen Tonnen zu bewirken. Dazu stehen der Stiftung Klimarappen jährliche Mittel von rund 100 Millionen Franken aus einer Abgabe auf Benzin- und Dieselöl-Importen in der Höhe von 1,5 Rappen pro Liter zur Verfügung. Die Stiftung hat innert kurzer Zeit verschiedene CO<sub>2</sub>-Reduktionsprogramme umgesetzt und sich als wirksames Instrument der Schweizer Klimapolitik etabliert.

Mit einem effizienten Mitteleinsatz will die Stiftung Klimarappen so viel CO<sub>2</sub> wie möglich reduzieren und so einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaschutzziele leisten. Von den voraussichtlich verfügbaren Mitteln von 735 Millionen Franken werden 375 Millionen in nationale Projekte in den Bereichen Gebäudeerneuerung, Verkehr, Prozesswärme, Abwärmenutzung und Raumwärme investiert. Im Ausland werden 215 Millionen Franken zum Kauf von Kyoto-Zertifikaten aus Projekten hoher Qualität eingesetzt.

**Für weitere Informationen:**  
Dr. Marco Berg, Geschäftsführer,  
Telefon 079 829 71 03,  
[www.stiftungsklimarappen.ch](http://www.stiftungsklimarappen.ch)

## Versicherungsdeckung von 1 auf 1,8 Milliarden Franken erhöht

Die Energiekommission des Ständerates hat am 2. November der Genehmigung der internationalen Übereinkommen von Paris und Brüssel über die Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie, die die Erhöhung der obligatorischen Versicherungsdeckung von 1 Mia. auf 1,8 Mia. Franken notwendig macht, zugestimmt. Die UREK hat den Entwurf des Bundesrates zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung von Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie einstimmig und ohne Änderungen angenommen.

Wie die UREK mitgeteilt hat, hat sie vor dem Entscheid Vertreter der betroffenen Kreise, namentlich die Betreiber der Kernkraft-

werke (Fachgruppe Kernenergie, swissnuclear), die Versicherer (Schweizer Pool der Versicherer von Nuklearrisiken) und die Umweltorganisationen angehört. Der Bundesbeschluss betrifft einerseits die Genehmigung der Revisionsprotokolle zum Pariser Übereinkommen und zum Brüsseler Zusatzübereinkommen über die Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie, andererseits die damit zusammenhängende Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes (KHG). Mit der Übernahme der revidierten Übereinkommen von Paris und Brüssel würde insbesondere die obligatorische Versicherungsdeckung von heute 1 Mia. auf 1,8 Mia. Franken erhöht. Eine Minderheit beantragt, den Gesamtbetrag der Deckung auf 2,25 Mia. Franken festzulegen.

## Ein Rückzugsgefecht der AKW-Gegner: Vollkommen abstruse Haftpflichtforderungen

Das revidierte Kernenergiehaftpflichtgesetz sieht vor, die obligatorische Versicherungsdeckung von 1 Milliarde auf 1,8 Milliarden Franken zu erhöhen. Diese Erhöhung, mit der sich die Schweiz an internationale Übereinkommen von Paris und Brüssel anpasst, nehmen AKW-Gegner zum Anlass, gegen die Kernenergie mobil zu machen. Ein schlechtes Argument, das sich wie ein verzweifeltes Rückzugsgefecht ausnimmt: Die Allianz «Stopp Atom» will die Haftungsdeckung auf 4300 Milliarden Franken erhöhen – eine wahr-

haft abstruse Idee. Das Seltsame an dieser neuesten Aktion ist, dass diese Kreise weniger die Menschen schützen, als ihre davonschwimmenden Felle retten wollen, weil auch sie merken, dass die Zustimmung zur CO<sub>2</sub>-freien Stromversorgung aus Kernenergie in unserem Lande aus gutem Grunde steigt. Greenpeace und Co. müssen sich also «bessere» Argumente einfallen lassen. Vor allem müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie – als Verhinderer der Kernenergie – die CO<sub>2</sub>-Belastung geradezu fördern!

## Die Grünen mobilisieren gegen Kernkraft

Die Grüne Partei will eine allfällige Rahmenbewilligung für den Bau eines neuen Kernkraftwerks mit einem Referendum bekämpfen. Weiter übten die Grünen Kritik am Sachplan Geologische Tiefenlager.

Die Grünen stellen sich entschieden gegen die Kernkraft und plädieren für Effizienz-

und Sparmassnahmen sowie für erneuerbare Energien.

Weiter üben die Grünen Kritik am Sachplan Geologische Tiefenlager: Sie fordern in der Diskussion über einen geeigneten Standort ein ausgereiftes Konzept zur Sicherheit und Überwachung des Lagergutes.

25 Jahre Frauen für Energie

## Weil Energiepolitik nicht nur Männersache ist

Der am 27. September 1982 gegründete Verein «Frauen für Energie» (ffe), welcher sich für eine gesicherte und umweltfreundliche Energieversorgung einsetzt, hat sein 25-Jahr-Jubiläum an der Universität Zürich gefeiert. Mit Informationsblättern zu Energiethemen und dem Dialog – vor allem mit Frauen – an Veranstaltungen und Besichtigungen hat der politisch neutrale Verein seinen Mitgliedern die Zusammenhänge von Energiesparen und Stromsparen, Energie und Umwelt, Wirtschaft und Energieverbrauch, aber auch der Sicherheit von Kernkraftwerken, Radioaktivität in der Umwelt und der Entsorgung radioaktiver Abfälle aufgezeigt. Nach 25 Jahren sind diese Informationen noch immer und erneut gefragt, denn eine verantwortungsvolle Klimapolitik braucht Strom vorzugsweise aus CO<sub>2</sub>-freien Wasser- und Kernkraftwerken, wie Ständerat Rolf Schweizer an der – auch von zahlreichen Männern besuchten – Jubiläumsmitgliederversammlung betonte.

### Die Vergangenheit

Einen Rückblick auf die 25-jährige Geschichte und Aktivitäten des Vereins gab die Gründungspräsidentin Dr. Irene Aegerter. Sie zeigte anhand der Informationsblätter von 1982, dass ffe bereits damals den Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen und das Isolieren von Häusern thematisierte und über die Folgen des CO<sub>2</sub>-Anstiegs für das Klima schon vor über 20 Jahren informierte. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl informierten Frauen für Energie vermehrt über die Folgen von Radioaktivität und die Unterschiede des Tschernobylreaktors zu den Schweizer Kernkraftwerken. Dazu überreichten sie am 8. Oktober 1986 den eidg. Räten eine Petition

mit 21 011 Unterschriften gegen den «Einstieg in den Ausstieg». Nach den vier Abstimmungen, in welchen die Schweizer Bevölkerung den Weiterbetrieb der Schweizer Kernkraftwerke in den Jahren 1979, 1984, 1990 und 2003 befürwortete, geht es in Zukunft um die Diskussion, wie die alten Kernkraftwerke dereinst ersetzt werden sollen.

### Die Zukunft

Die Herausforderung, auch in Zukunft die Stromversorgung CO<sub>2</sub>-frei sicherzustellen, beleuchtete Ständerat Rolf Schweizer. Er zeigte anhand konkreter Zahlen, dass der Strom aus den Importverträgen mit Frankreich und den alten KKW nur durch den Ersatzbau von Kernkraftwerken sicherzustellen sei – trotz Förderung von neuen erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind, welche eben nicht ständig verfügbar sind. Der Bau von Gaskraftwerken hingegen würde die ganze CO<sub>2</sub>-Reduktion zunichte machen, welche man mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und Heizöl zu erreichen hofft. Der AVES-Präsident prangerte auch die Grünen an, welche den Ausbau des Wasserkraftwerkes Grimsel verhindern wollen.

### Die Personen

Die Präsidentin, Trudy Ritschard, wurde an der Mitgliederversammlung bestätigt. Jacqueline Bäschlin, während 20 Jahren das Bindeglied zur Romandie, und die Gründungspräsidentin, Dr. Irene Aegerter, traten als Vorstandsmitglieder zurück. Irene Aegerter war während 7 Jahren Präsidentin und 18 weitere Jahre im Vorstand. Die neuen Vorstandsmitglieder heissen Barbara Wohlwend und Monika Ruh.

Trudy Ritschard, Präsidentin, Telefon 043 266 99 36, trudy.r@bluewin.ch, www.ffe.ch

Die Energiepolitik eines Landes ist entscheidend für seine Zukunft.

## Der Axpo-Energiedialog geht in die zweite Runde

Viele Partner beteiligen sich an der laufenden Energiediskussion. Um diese Meinungsvielfalt abzubilden, bietet [www.energiedialog.ch](http://www.energiedialog.ch) auch Verbänden, Organisationen und Behörden eine Plattform zur freien Meinungsäusserung: Von A wie «Agspo» (Anti Grosskraftwerk Spot Promotion Organisation) bis V wie VSE (Branchenverband der schweizerischen Energieunternehmen). Viele weitere Diskussionspartner wie «economiesuisse» oder das Bundesamt für Energie (BFE) haben ihr Statement abgegeben. Axpo wird auch weiterhin die aktive Diskussion mit allen Anspruchsgruppen suchen.

Der Bereich «Fragen und Antworten» wurde bereits bisher rege benutzt. In einer noch userfreundlicheren und aktuelleren Form geben hier die Experten der Axpo zu allen Fragen rund um den Strom kompetente Antworten.

In einem anderen Bereich sind die verschiedenen Stromproduktionsarten in Form von anschaulichen und leicht verständlichen Kurzfilmen dargestellt und können per Mausklick abgerufen werden. In einem Video klicken Sie sich auch ins Axporama, das Besucherzentrum der Axpo in Böttstein. Die Axpo-Engagements im Sport, in der Kultur und im Sozialen

## Swissgas beteiligt sich an Erdgasförderung in Norwegen

**Swissgas, die den überwiegenden Teil des Erdgasbedarfs der Schweiz bündelt und importiert, beteiligt sich mit zehn Prozent an der Bayerngas Norge mit Sitz in Oslo.**

**Damit hat die Schweiz erstmals direkten Zugang zu Erdgasförderstätten im Ausland und ergänzt ihre auf verschiedene europäische Länder abgestützte Erdgasbeschaffung.**

sind ebenfalls als filmische Kurzbeiträge enthalten. Unerwartetes und Kurioses hinter der Steckdose rundet die neue Website ab.

Unterstützt wird die Energiedialog-Website mit zwei neuen Axpo-TV-Spots. Köbi Kuhn und seine beiden Jassfreunde Andy und Chlöppli treffen sich wieder am Stammtisch. Sie befassen sich diesmal augenzwinkernd mit den Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Geistiger Vater und Realisator der Spots ist wiederum der bekannte Schweizer Filmemacher Michael Steiner. Die Spots laufen ab sofort auf verschiedenen Fernsehkanälen.

Schliesslich sollen auch weiterhin Meinungen und Fragen aus der Bevölkerung zum Thema Energie aufgenommen und von Experten der Axpo beantwortet und diskutiert werden.

**Auskünfte und Informationen:**  
Axpo Holding AG,  
Corporate Communications  
Daniela Biedermann,  
Telefon 044 278 41 20  
Rainer Meier,  
Telefon 044 278 41 73

Download: [www.axpo.ch](http://www.axpo.ch)  
(Screenshot, Werbespots und Text als Word) DVDs können bei der Axpo Medienstelle bezogen werden.

Mit Swissgas hat die Bayerngas Norge, eine Tochtergesellschaft der deutschen Bayerngas in München (Beteiligung 53,7%), nach der Verbreiterung der Gesellschafterbasis durch die Stadtwerke München (31,3%) und die TIGAS-Erdgas Tirol (5%), einen weiteren internationalen Gesellschafter. Swissgas kann damit gemäss ihrem Geschäftsführer Ruedi Rohrbach ihre Beschaffungsaktivitäten strate-

gisch stärken und die langfristige Import- und Versorgungssicherheit der Schweiz mit Erdgas verbessern. Für Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas, ist Swissgas ein echter Wunschpartner, denn beide Unternehmen sind ähnlich strukturierte Einkaufsorgani-

sationen ihrer Aktionäre.

**Kontakt und Auskünfte:**  
Ruedi Rohrbach,  
Geschäftsführer Swissgas,  
Telefon 044 288 34 00,  
[rohrbach@swissgas.ch](mailto:rohrbach@swissgas.ch)  
[www.erdgas.ch](http://www.erdgas.ch)  
[www.swissgas.ch](http://www.swissgas.ch)

## Weltweiter Rückenwind für die Kernenergie

Nach fast 30 Jahren Unterbruch sind in den USA kürzlich die ersten zwei Baugesuche für neue Kernkraftwerke eingereicht worden. Weltweit lässt sich eine positive Neubewertung der Kernenergie ausmachen, wie internationale Fachleute an einer Veranstaltung des Nuklearforums Schweiz in Olten darlegten. An der Tagung wurde auch der Atomausstieg Deutschlands in Frage gestellt.

«Treibende Kraft für die Neubewertung der Kernenergie sind die guten Betriebserfahrungen mit den heutigen Kernkraftwerken, die tiefen und stabilen Stromproduktionskosten und der steigende Strombedarf als Folge des Trends, fossile Energien durch Stromanwendungen zu ersetzen», sagte Bruno Pellaud, Präsident des Nuklearforums Schweiz, an der Informationstagung zum Thema «Kernenergie: weltweit auf der Agenda». Die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere in Skandinavien, zeigten, dass neue Kernkraftwerke wirtschaftlich sind, die bei Prototypen unvermeidlichen Bauverzögerungen gemeistert werden können und auch die Entsorgung der radioaktiven Abfälle bei entsprechendem politischem Willen lösbar ist. «Weiter geht aus allen umfassenden Analysen hervor, dass die Uranreserven der Erde für mehrere hundert Jahre ausreichen dürften», legte Pellaud dar. Bei der Einführung neuer Nukleartechnologien erhöhe sich die Reichweite sogar auf Tausende von Jahren. Zu diesen Faktoren kommt heute die Klimafrage. «Ob man das gerne sieht oder nicht – die Klimaproblematik gibt Rückenwind für die Kernenergie in Europa und der Welt», hielt Pellaud fest und verwies auf den

jüngsten Bericht des Uno-Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC). Erstmals zählt der Weltklimarat die Kernenergie ausdrücklich zu jenen Schlüsseltechnologien, die heute «kommerziell verfügbar sind, um die Klimaveränderungen zu begrenzen».

### Warum Deutschland nicht aussteigen wird

Walter Hohlefelder, Vorstandsmitglied der E.ON Energie AG und Präsident des Deutschen Atomforums, nannte die Gründe, warum aus seiner Sicht Deutschland nicht aus der Kernenergie aussteigen wird – entgegen der vor sieben Jahren aus politischen Motiven getroffenen Vereinbarung zwischen Regierung und Stromversorgern. Mit dem vorzeitigen Abschalten der heute 17 deutschen Kernkraftwerke würde die Stromquelle mit dem grössten Anteil an der sogenannten Grundlast – der Stromversorgung rund um die Uhr – wegfallen. «Zudem käme es zur Vernichtung volkswirtschaftlichen Vermögens im zweistelligen Milliarden-Euro-Bereich.» Mehr noch: «Der Ausstieg bedeutet, dass Deutschland bis 2020 – zusammen mit dem Bedarf an konventionellen Kraftwerken – bis zu 50 000 Megawatt installierte Leistung ersetzen müsste und die Importabhängigkeit von wenigen Primärenergieträgern und wenigen, häufig instabilen Lieferländern dramatisch zunehmen würde», sagte Hohlefelder. Und schliesslich könnte Deutschland die angestrebte Vorreiterrolle im Klimaschutz nicht einnehmen – die Verpflichtung, bis ins Jahr 2020 den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken.

## Fernwärme auf neuen Wegen

Die jährliche Fernwärmetagung gehört zu den etablierten Fachtagungen im Bereich der Energiepolitik. Weltweit sind Bevölkerung und Politiker über den sich abzeichnenden Klimawandel beunruhigt. Umweltkatastrophen, von den Wissenschaftlern und Umweltextperten seit Jahren prophezeit, treffen immer häufiger ein. Schäden in unermesslicher Höhe sind die Folge. Um dem entgegenzuwirken, wird seit einiger Zeit in der Energieversorgung eine gesamtheitliche Betrachtung angestrebt. Alternativen sind vorhanden. Wir müssen diese nur nutzen. Der Innovationsstandort Schweiz hat ein grosses Potenzial in der Entwicklung von neuen Technologien, hochwertigen Produkten und effizienten Verfahren. Das diesjährige Tagesthema «Wachstumstreiber erneuerbare Energie» verspricht Perspektiven und zeigt

mit Grundsatzreferaten und Projektbeispielen Impulsstrategien auf.

Lassen Sie sich über das grosse Potenzial in der nachhaltigen Energieversorgung informieren. Die interessante Tagung mit prominenten Politikern wie Ständerat und AVES-Präsident Rolf Schweizer sowie Nationalrat Filippo Leutenegger und Fachleuten aus dem In- und Ausland findet am 17. Januar 2008 im Kongresshaus Biel statt.

**Auskünfte und Anmeldung:**  
Verband Fernwärme Schweiz (VFS), Walter Böhlen, Präsident, Telefon 056 496 28 70, [www.fernwaerme-schweiz.ch](http://www.fernwaerme-schweiz.ch), [info@fernwaerme-schweiz.ch](mailto:info@fernwaerme-schweiz.ch)

### Stellungnahme der AVES Schweiz:

## Entwurf Aktionspläne «Energieeffizienz» und «Erneuerbare Energien»

Grundsätzlich betrachtet die AVES die vorliegenden Aktionspläne als Umsetzung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Energiepolitik unseres Landes mit den vier bekannten Säulen. Die AVES steht grundsätzlich hinter dieser Neuausrichtung der schweizerischen Energiepolitik. Wir wehren uns jedoch gegen allzu viel Staatsintervention und regulativen Aufwand.

Nach unserer Meinung gehört zu solchen Aktionsplänen – nebst den Massnahmen zum sparsamen Umgang mit Energien – auch die realistische, sichere, eigenständige und vor allem CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion aus Grosskraftwerken. Aussagen dazu fehlen leider in den Aktionsplänen.

Ganz besonders stört uns die Absicht, die Elektrizitätsnachfrage absolut zu beschränken. Die Elektrizitätsproduktion in der Schweiz ist zu 100 Prozent CO<sub>2</sub>-frei. Mit unserem Strommix sind wir in dieser Beziehung auf

sehr gutem Wege. Die Optimierung der Wasserkraft und der Ersatzbau von Kernkraftwerken dürfen aber nicht auf die lange Bank geschoben werden!

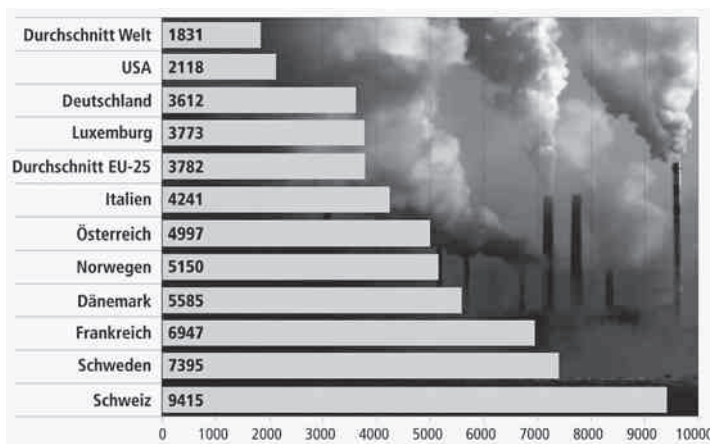
Die AVES steht hinter der realistischen, wirksamen Förderung von erneuerbaren Energien. Mit Subventionen und Beiträgen an diese sind wir jedoch am oberen Limit angelangt. Dementsprechend stellen wir fest, dass der kommende Stromlücke keinesfalls nur mit Alternativenenergien begegnet werden kann. Massnahmen mit erneuerbaren Energien ausserhalb der Stromproduktion hingegen können wir durchaus zustimmen, obwohl auch hier Strom gebraucht wird.

Wir erlauben uns, einmal mehr darauf hinzuweisen, dass die Bereiche (Primär-)Energie für Stromproduktion und (Primär-)Energie für anderen Bedarf klar auseinanderzuhalten sind. Die Stromproduktion in der Schweiz kann eigenständig und CO<sub>2</sub>-frei sichergestellt werden.

## Die Schweiz im Klimaschutz weltweit führend

Unser Land hat einen erstklassigen Leistungsausweis in Sachen Klimapolitik. Pro BIP-Einheit (Bruttoinlandprodukt) stösst die Schweiz am wenigsten CO<sub>2</sub> aus. Das zeigt ganz klar diese Tabelle, die beweist, dass wir, bezogen auf die Wertschöpfung (BIP), am wenigsten CO<sub>2</sub> produzieren. Pro Tonne CO<sub>2</sub>, die in unserem Land emittiert wird,

erbringen wir eine Wirtschaftsleistung von 9415 Dollar. Ein Hauptgrund für dieses sehr gute Resultat liegt darin, dass bei uns der Strom für die Industrie und den Dienstleistungssektor praktisch CO<sub>2</sub>-frei produziert wird; Länder mit vergleichbarem Dienstleistungssektor (zum Beispiel Luxemburg) haben weit mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen.



BIP (IN TAUSEND US-DOLLAR) PRO EMITTIERTE TONNE CO<sub>2</sub>

### Ein Buch von Bruno Stanek:

## «Sparer leben gefährlich»

Der während 20 Jahren erfolgreiche Longseller «Sparer leben gefährlich» von Bruno Stanek wurde vom Autor nochmals völlig überarbeitet und ergänzt mit den aktuellen Sparkatastrophen des 21. Jahrhunderts. Diese inzwischen sechste Auflage ist genau im richtigen Moment erschienen, damit echt besorgte Denker den ach so gut gemeinten Schildbürgereien des Zeitgeistes wenigstens mit der nötigen Ironie oder allenfalls mit Galgenhumor gegenüber treten können. Das «Energiekapitel» ist neben Dutzenden weiterer aus allen Sparten menschlichen Wirkens das vielleicht pikanteste. Sparen ist nämlich alles, was die Maschinenstürmer und Paniker des 21. Jahrhunderts ausser Gaskraftwerken als

Lösung von Energie-Engpässen und sogenannter «CO<sub>2</sub>-Problematik» anzubieten haben. Auch dieses Werk ist wie der Begleitband «Wie viel Irrtum braucht der Mensch» in gediegener Ausführung für nur 32 Franken zu beziehen bei [www.Stanek.ch](http://www.Stanek.ch).

Details dazu auf der Bücherseite und käuflich auf der Bestellseite. Ein ideales Weihnachtsgeschenk, aber auch ein Füllhorn von Argumenten zugunsten der Vernunft und einer soliden Planung jenseits von teuer subventionierten Vorschlägen für «Gammel-Energie» aller Art.

Bruno Stanek ist Mitglied der AVES und wohnt in Arth SZ.

**Die Delegiertenversammlung der AVES Schweiz halten wir am 30. und 31. Mai 2008. Details folgen im nächsten AVES-Bulletin.**

## PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar ZG

## VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

## VORSTAND

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat,  
Gipf-Oberfrick AG  
Elvira Bader, Nationalrätin, Mümliswil SO  
Walter Jermann, Nationalrat, Dittingen BL  
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD  
Jörg H. Krammer, dipl. Ing. TUG, Winterthur ZH  
Walter F. Böhlen, Gemeinderat,  
Niederrohrdorf AG  
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE  
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE,  
Lausanne VD  
Erich Kaufmann, dipl. Ing. HTL, Ennenda GL

## REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz  
Postfach 2124, 8027 Zürich  
Telefon 044 212 40 90, Fax 044 212 65 69

## INTERNET

www.aves.ch

## MAIL

info@aves.ch

## DRUCK

Victor Hotz AG, 6312 Steinhausen  
Erscheint vierteljährlich

AZB  
8027 Zürich

# aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

## Die Nebel lichten sich?

Reto Mioni hat in der «Aargauer Zeitung» ein Exposé über die künftige Entwicklung bei der schweizerischen Energieversorgung dargelegt, was mir in wesentlichen Teilen nachvollziehbar erscheint. Trotzdem ein paar ergänzende Überlegungen: Es ist richtig, dass die von den Menschen für ihre Bedürfnisse umgewandelte Energie nur etwa einem Fünfzehntausendstel der eingestrahelten Sonnenenergie entspricht. Den überwiegenden Anteil beansprucht die Natur für den Aufbau der Biomasse, insbesondere für die Produktion von Sauerstoff.

Es ist richtig, dass die Erzeugung von regenerierbarer elektrischer Energie attraktiv wird und Arbeitsplätze schaffen kann, wenn sie zu kostendeckenden Preisen ins Stromnetz eingespeist werden kann. Um dies zu erreichen, muss jedoch die Wirtschaft bereit sein, die höheren Strompreise aufzufangen.

Es ist richtig, dass die Kosten für sonnenenergie erzeugte elektrische Energie dank technologischen Fortschritten fallen werden. Es ist jedoch auch wahr, dass das Niveau von hydraulischer und nuklearer Elektrizität nie erreicht werden kann, da die Energiedichte der Sonnenstrahlung auf der Erde relativ niedrig und unveränderlich ist. Sonnenenergie ist deshalb materialintensiv.

Es ist richtig, dass innerhalb der nächsten Jahrzehnte sonnen- und winderzeugte Elektrizität in den einstelligen Prozentbereich vorstossen kann. Es ist jedoch zu beachten, dass mit steigendem Anteil dieser Energie entsprechende Kapazität an Ersatzenergie bereitstehen muss, da Wind und Sonne nur begrenzt zur Verfügung stehen.

Es ist richtig, dass die erwähnten Alternativenenergien – auf tiefem Niveau – momentan ein markantes Wachstum aufweisen.

**Fazit:** Jede ökonomisch und ökologisch sinnvolle Stromerzeugung ist willkommen und notwendig. Sie sollte aber ausgerichtet sein als Ergänzung zu den bestehenden hydraulischen und nuklearen Grundversorgungssystemen, den hydraulischen und nuklearen Kraftwerken. Es geht darum, die Stärken der bestehenden und der neuen Stromerzeugungsanlagen auf das gleiche Ziel auszurichten: die ausreichende, umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgung der Schweiz.

Theo Schaub, Kirchdorf

## Scheinheilig

Die immer gleiche Gruppe Leserbriefschreiber aus dem rot-grünen Parteienspektrum verbreitet umwelt- und klimapolitische Noten. Auch vor den Nationalratswahlen behaupteten sie, die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter in Bern setzten sich zu wenig für die Energie- und Klimapolitik ein.

Es sind mit einigen löblichen Ausnahmen die grünen und sozialistischen Parteien Europas, die hauptsächlich für diese Entwicklung verantwortlich sind. Sie haben in den letzten 20–25 Jahren den Ausstieg aus der Kernenergie propagiert und in den meisten Ländern die Weiterentwicklung der weitgehend CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie verhindert. Dies mit der Folge, dass heute ein Grossteil des Stromes mittels fossiler Energieträger (Kohle, Gas, Erdöl) und mit gewaltigen CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt wird. Für diese missliche Entwicklung tragen die rot-grünen Politiker die Schuld und sollten deshalb über die Bücher gehen, bevor sie ihren politischen Gegnern Vorwürfe machen.

Zum grossen Glück hat diese verantwortungslose Politik in unserem Land bisher keine Mehrheit gefunden. Unsere Stromproduktion ist dank Wasser- und Kernkraftwerken praktisch CO<sub>2</sub>-frei. So darf die Schweiz sich glücklich schätzen, dass sie gemäss IEA-Statistik 2004 mit 5,9 t pro Kopf den tiefsten CO<sub>2</sub>-Ausstoss aller Industrieländer aufweist (USA 19,8 t, Deutschland 10,3 t). Der Anteil der Schweiz am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoss beträgt dementsprechend weniger als 0,15 Prozent.

Dies ist ein gutes Resultat, das wir – mit Bedacht und ohne rot-grüne Scheinheiligkeit – noch weiter verbessern können und wollen.

Konrad Studerus, Edlibach

- AG** AVES Aargau  
Walter Forrer  
Winkelweg 2, 5727 Oberkulm  
walter.forrer@bluewin.ch
- BE** AVES Bern  
Beat Schauwecker  
Schulweg 6, 3013 Bern  
bern@aves.ch
- BS/** AVES Region Basel  
**BL** Walter Jermann, Nationalrat  
Blauenweg 10, 4243 Dittingen  
wjermann@bluewin.ch
- GL** AVES Glarus  
Erich Kaufmann  
Neubauquartier 9  
8755 Ennenda  
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden  
Dr. Theo Portmann  
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern  
Michel Caliaro  
Habermattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden  
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell  
Mario David  
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg  
mario.david@gaiserwald.net
- SH** AVES Schaffhausen  
Hans-Rudolf Steinegger  
Villenstrasse 8  
8200 Schaffhausen
- SO** ASE Solothurn  
Postfach 130, 4504 Solothurn
- SZ** AVES Schwyz  
Hans Gnos  
Tannenweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen  
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- TI** ASPER Ticino  
Casella postale 24, 6948 Porza  
dino.bornatica@bluewin.ch
- UR** AVES Uri  
Marlies Z'graggen  
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis  
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug  
Postfach 1342, 6301 Zug  
konrad.studerus@datazug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil  
Dr. Hans R. Moning  
Gotthardstr. 10, 8800 Thalwil  
hr.moning@moning.com
- AVES Winterthur  
Postfach 1545, 8401 Winterthur  
mail@dieterklaeey.ch
- FRE** Fédération romande pour l'Energie FRE  
Case postale 673  
1000 Lausanne 1  
jpbommer@bluewin.ch